

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

20.9.1873 (No. 219)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

N^o. 219

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 58 kr. vierteljährlich.

Samstag, 20. September

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. October beginnt das vierte Quartal unseres Blattes. Mit Hinweis auf die an der Spitze desselben enthaltene Preisangabe bemerken wir, daß alle Postanstalten und Landpostboten Bestellungen annehmen; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes sowie die Aussträger.

Karlsruhe, den 17. September 1873.

Die Redaction des Bad. Beobachters.

Furor anticatholicus.

Die Nationalliberalen, auf deren Schultern die Herrschaft des Fürsten Bismarck ruht, drängen zu weiteren Thaten auf dem kirchenpolitischen Kampfplatz und wir dürfen überzeugt sein, daß der Kanzler diesem Drängen nachzugeben für gut befinden wird, so bald und so lange er die guten Dienste der getreuen Partei für seine Pläne gebrauchen wird.

Welchen Geist aber dieses nationalliberale Zukunftsprogramm athmet, glauben wir am besten an den Expectationen von Gustav Freytag anschaulich zu machen, welche in der vorletzten Nummer der Wochenschrift „Im Reim Reiche“ also lauten:

„Seit die Bischöfe wohl oder übel ihren Frieden mit dem absoluten Papst gemacht hatten, lag es im Interesse der römischen Partei, dieselben Schritt vor Schritt in den Conflict hineinzutreiben, zu erbittern und zu verhärten, um eine Ausöhnung mit den Ansprüchen des Staates unmöglich zu machen. In diesem Sinne haben die Fanatiker der katholischen Presse systematisch gearbeitet. Die Prälaten, welche nach ihrer Rückkehr vom Concil in der Mehrheit stille Unzufriedene waren und große Beschwerden gegen die Curie und die römische Partei in sich herumwälzten, sind jetzt vorbereitet, Märtyrer für dasselbe Princip zu werden, welches sie in Rom nach Kräften bekämpft hatten. Die zahlreichen höchst wirklichen Agitationsmittel, welche der clericalen Partei zu Gebote stehen, lernen sie mit jedem Tage besser gebrauchen, von den Heiligenscheinungen und Wallfahrten bis zu einer unausgesetzten Polemik in der Presse und in Versammlungen. Gegenüber diesem Apparat genügt alles, was die Regierung auf Grund der neuen Kirchengesetze bis jetzt gethan hat, noch lange nicht zur Bändigung des Ungehorsams. Es hat vorläufig nur gewirkt wie Del im Feuer. Dennoch geben die Gesetze der Regierung eine sichere Stellung, und sie vermögen

wenn sie die nöthigen Ergänzungen finden, auch eine Bürgschaft des Sieges zu gewähren, wenn die Regierung gewillt ist, dieselben rücksichtslos bis zum äußersten anzuwenden. Die nöthigste Ergänzung wird ein Verbot der Wallfahrten und eine Einschränkung der Processionen auf die geweihten Räume sein müssen, damit den Gegnern zwei gefährliche Agitationsmittel der Menge entzogen werden, von denen die Wallfahrten der Unsitlichkeit und dem Aberglauben widerwärtigen Vorwurf leisten, die Processionen bei der steigenden Aufregung der bürgerlichen Frieden stören. Die nächste Maßregel wird die vollständige Emancipation der Schule von der geistlichen Aufsicht sein müssen. Die verheirateten Elementarlehrer des Dorfes und der Landstadt vermögen die besten Helfer der Regierung zu werden, sobald sie vor dieser eine Besserung ihrer Lage und sicheren Schutz gegen die Übergriffe des Pfarrers zu hoffen haben. Ferner aber wird die Regierung sich entschließen müssen, der antikatholischen Bewegung, zumal wo diese in den Gemeinden erkennbar wird, eine energische Unterstützung zu gewähren und die Altgläubigen, wo sie die Majorität bilden, in den Besitz der Kirchen und der geistlichen Einnahmen zu bringen. Endlich gilt es, die Strafgesetze gegen die renitenten Geistlichen, zumal gegen die Bischöfe ohne Schonung durchzuführen. Man kann die Einzelnen als Opfer des Conflicts bedauern, aber diese Betrachtung darf nicht mehr zurückhalten, wo der Staat in seinem höchsten Lebensinteresse handeln muß. Man soll vor dem Gedanken nicht zurückweichen, den gesammten Episcopat, wenn er in seinem Ungehorsam beharrt, in Spandau oder Magdeburg zu versammeln, und man soll im Nothfall nicht davor erschrecken, sämtliche renitente Geistliche von ihrem Amte zu entfernen und die geistliche Sorge ihrer Gemeinden Reichspredigern zu übergeben. Wenn solche Ausrichtungen jetzt noch ungeheuerlich scheinen, der täuscht sich über die Schwere des Kampfes, der uns und unserm bellagerten katholischen Clerus umgeben drängt wurde durch eine ruchlose und fanatische Nothe von fremden Intriganten. Dem Vernehmen nach fehlt es auch in unsern Hofkreisen nicht an preussisch gesinnten Männern, welche den gegenwärtigen Kampf mit der römischen Kirche beklagen. Gegen solche Stimmung ist an sich nichts einzuwenden, uns Allen ist der Friede lieber, als innerer Zwist. Wenn diese Preußen aber den Streit, der sich erhoben hat, durch kleine Palliative oder gar durch eine gewisse Nachgiebigkeit der Staatsregierung aus der Welt zu schaffen hoffen, so verkennen

sie vollständig den Character der Gegner und die Schwere des Streites. Denn dies ist kein Kampf mehr zwischen Menschen, der durch Biegbarkeit und gegenseitiges Ertragen beseitigt werden kann, sondern es ist ein feindlicher Zusammenstoß der beiden größten Ideen, an denen das Menschengeschlecht seit fast zwei Jahrtausenden gearbeitet hat. Hier der moderne nationale Staat, dort die mittelalterliche absolute Herrschaft über die Seelen der Christenheit. Derselbe Kampf wird nicht zum ersten Male durchgekämpft, sondern zum dritten Male. Im Mittelalter siegte das Papsttum über den nationalen Staat der Franken- und Hohenstaufenkaiser, und die Deutschen erlagen. Im 16. Jahrhundert verband sich nach längerem Schwanken das deutsche Kaiserthum mit dem Papst gegen die Mehrheit der Nation, die Reformation verlor dadurch einen Theil ihrer segensreichen Wirkungen, und Deutschland wurde im dreißigjährigen Kriege ein Opfer der Fremden. Jetzt sind wir zum dritten Mal in denselben Kampf getreten, und dieser Streit ist nicht nur ein Kampf für die Ehre und Machtfülle unseres Staates, sondern er ist auch, wenn nicht Alles krücht, der Kampf über die Existenz des despotischen Papstthums, den die Deutschen zugleich für alle anderen Culturvölker anzukämpfen haben, eine Schlacht zwischen dem Freien und Unfreien, zwischen Gewissen und Autorität, zwischen Christen und dem römischen Antichrist.“

Welche Häufung von Haß, Verblendung und Lüge! Und welche Aussichten, wenn die Regierung über kurz oder lang von ihrer verwöhnten Partei, wie Mephisto von Faust, in diesen Kampf a outrance gedrängt werden wird, der zugestandenermaßen ein „feindlicher Zusammenstoß der beiden größten Ideen, an denen das Menschengeschlecht seit fast zwei Jahrtausenden gearbeitet hat“, sein soll. Jawohl, wir acceptiren diese nationalliberale Phrase besonders in Hinsicht auf ihre zeitliche Ausdehnung: die Idee der von Gott gestifteten christlichen Universalkirche widerstreitet den Ansprüchen der omnipotenten Staatsgewalt mit ihrem heidnischen „cujus regio ejus religio“. Und das ist auch wahr, daß dieser Kampf „nicht zum ersten Male“ gekämpft wurde: er wurde zuerst gekämpft, als Jesus Christus von den Juden als „staatsgefährlich“ bezeichnet wurde und Pilatus über ihn das Urtheil sprach. Diese erste Phase des Kampfes hat Herr Freytag gewiß übersehen, zumal er die Beispiele des fast zweitausendjährigen Kampfes erst im zweiten Jahrtausend zu finden vermag.

Herr Freytag vindicirt der Kirche in diesem Kampfe

Verschiedenes.

— Ueber den Stand der Cholera entnehmen wir dem „Reichs-Anz.“: Königsberg. Am 11. d. M. sind angemeldet: erkrankt 21, gestorben 14 Personen; am 12. erkrankt acht, gestorben sechs Personen. Danzig, 13. Sept. Seit gestern Mittag Zugang drei Erkrankungen und zwei Sterbefälle. Dagegen sind bis jetzt genesen 86 und 27 noch in Behandlung. Elbing, 12. Sept. Seit Beginn der Cholera sind erkrankt 300 Personen, gestorben 203, in Behandlung resp. genesen 97 Personen. Seit dem 9. d. M. sind erkrankt 24, gestorben 16. Berlin, 13. Sept. Von gestern auf heute sind als an der Cholera erkrankt gemeldet: 25 Personen, darunter 6 Todesfälle. Posen. Am 12. d. M. sind neue Erkrankungen an der Cholera nicht vorgekommen. Im Choleralazareth befinden sich fünf Kranke. Magdeburg, 13. Sept. Gestern sind an der Cholera erkrankt 16 Personen, gestorben 10 Personen. Heilbronn. An der Cholera waren erkrankt vom 25. Aug. bis 12. Sept. 135 Personen, gestorben waren 51, genesen 68. Bonn 12. bis 13. Sept. sind erkrankt 2 Personen, gestorben 3, genesen 4. Noch in Behandlung befindlich sind 11 Personen. Prag, 13. Sept. Zu den am 11. Sept. in den sämtlichen Kranken-Anstalten Prags verbliebenen 16 Choleraerkranken sind am gestrigen Tage 5 hinzugekommen. Von diesen 21 Kranken sind zwei genesen, einer gestorben und 18 im Krankenstande verblieben. Paris. Nach dem amtlichen Berichte sind hier vom 5. bis 12. d. M. 107 Personen an der Cholera gestorben. St. Petersburg. Bis zum 9. Sept. waren 157 Choleraerkrankte

vorhanden; im Laufe des Tages kamen 36 hinzu, genesen 18, starben 7, so daß bis zum 10. Sept. 163 in Behandlung blieben.

(Geschworne und Hebammen.) Aus Viboch in Böhmen wird unterm 8. d. M. geschrieben: Der Gemeindevorsteher von R. erhielt von der k. l. Bezirkshauptmannschaft den Auftrag, die Geschwornenliste für das Jahr 1874 auf Grundlage des Gesetzes vom 23. Mai d. J. zu verfassen. Derselbe hat in seiner Weisheit das Wort „poroci“ (Geschworne) für „porodni“ (Hebammen) gelesen, und da er glaubte, daß es sich hier um die Wahl einer neuen Geburtshelferin (porodni beha) statt Geschworener handelte, berief er den Gemeindevorsteher, und dieser beschloß nach einer hitzigen Debatte, gegen den Auftrag der k. l. Bezirkshauptmannschaft in Opposition zu treten, und trug dem Gemeindevorsteher auf, die Anzeige zu erlassen, daß in dem Dorfe bereits zwei Geburtshelferinnen seien, und daß man daher zur Wahl einer dritten nicht schreiten werde, welchen Beschluß der Dorfpodesta auch wirklich zur obrigkeitlichen Kenntniß brachte.

— Ueber den „Kraach“ in Turin schreibt die „Triester Zeitung“: Großes Aufsehen erregen in den hiesigen Handelskreisen die vor einigen Tagen in Turin erfolgten Falliments einiger hochangesehener Handelshäuser, die man in der Finanzwelt stets für hieb- und stichfest gehalten hatte. Es sind dies die Firmen Malacarne, Marcellino, Tournon, Guaita u. A. m. Der „Kraach“ war eine Folge des von diesen Firmen bis an's Schwindelhafte betriebenen Börsenspiels. Von Tournon ist bekannt, daß er vor einigen Tagen eine Differenz von einer halben Million Francs baar auszahlte und am folgenden Tage

im Börsenspiele circa eine Million verlor. Bei Guaita belaufen sich die Passiva auf 700,000 Lire; er sowie Tournon wollten sich das Leben nehmen, wurden hieran jedoch durch das Dazwischenkommen mehrerer Freunde gehindert. In Turin soll anlässlich dieser Vorfälle eine große Aufregung herrschen, und im Publicum vielfach die Ansicht ausgesprochen werden, daß mehrere dieser Falliments betrügerischer Natur seien.

— Eine New-Yorker Moden-Zeitung schreibt: „Die Zahl unserer vorzeitig grauen, nach der neuesten Mode gekleideten Frauen in den Straßen erregt Aufmerksamkeit. Das Haar ist nicht gepudert oder mit Meiß bedeckt, sondern wirklich grau. Man wird es kaum glauben; aber es ist Thatsache, daß man zu einem chemischen Proceß seine Zuflucht nimmt, um das Haar weiß zu bleichen. Die Herrschaft der Blondinen ist vorüber; goldne Locken sind nicht beliebt, rabenschwarze Flechten vulgair; nur weißes Haar ist nach dem neuesten Geschmack. Die theuersten Perrücken sind graue, nicht schwarze oder dunkelbraune. So tyrannisch ist die Mode, daß junge Mädchen mit schönen dunklen Haaren nicht ruhen, bevor ihr Haar gebleicht ist.“ Die Narren sterben bekanntlich nicht aus.

(Aus Mainz.) Hier hat sich bei Gelegenheit der Sedanfeier ein j. d. d. „vaterlandsloses“ Individuum den schlechten Spaß erlaubt, an einer Stange seinen Steuerzettel zum Fenster herauszuhängen. Zu „nationalen“ Kreisen her schickte es solcher Profanation große Entrüstung und mußte Nachmittag die sonderbare Flagge durch die Polizei entfernt werden.

die Autorität und stellt dagegen das Gewissen: wir acceptiren die Autorität, kennen aber keine andere, als die auf dem christlichen Gewissen basirte, und bedauern die erstaunliche Lücken in Herrn Freytags „nationaler Bildung“.

Herr Freytag zählt sodann als „höchst wirksames Agitationsmittel“ die „Heiligenscheinungen und Wallfahrten“ auf und erachtet als „nötigste Ergänzung“ der modernen preußischen Kirchenedicten ein „Verbot der Wallfahrten und eine Beschränkung der Processionen“, indem er die Wallfahrten beschuldigt, „der Unsitlichkeit und dem Aberglauben widerwärtigen Vorschub zu leisten“, die Processionen aber „bei der steigenden Aufregung [durch wen gesteigert?] den bürgerlichen Frieden stören“ läßt. Schade, daß der Tapfere gegen das „höchst wirksame Agitationsmittel der Heiligenscheinungen“ keine nöthige „Ergänzung“ vorzuschlagen beliebt; oder sollte hier sein nationales Latein zu Ende sein? Daß nun auch die nationalliberalen Vampyrtrauen vom „beklagenswerthen katholischen Clerus“ und von „einer ruchlosen und fanatischen Rotte von fremden Intriganten“ in der obigen Leistung des „eleganten“ Schriftstellers ebenso wenig fehlen, wie die „altkatholischen“ Meistern; daß der Fanatiker des „Liberalismus“ von „Spandau“ und „Magdeburg“ und von der Heße „sämtlicher renitenten Geistlichen“ redet; das Alles ist selbstverständlich und entspricht vollkommen der Höhe „nationaler Bildung“. Wenn er indessen von einer regierungseitigen „Besserung der Lage der Elementarlehrer“ als einer „nächsten Maßregel“ des Kampfes fabelt, so ist dies sicherlich ohne Genehmigung des Kriegsministeriums geschehen, welches die französischen Willkürden besser anzuwenden versteht.

Wir freuen uns übrigens, daß Herr Freytag das, was bis jetzt von Seiten der Regierung für Aufbesserung der Lehrergehälter geschehen ist, für unzureichend findet. Aber deswegen beeilen wir uns auch, ihn zu erinnern, daß es der Regierung viel leichter fällt, die qu. Aufbesserung den resp. Schulgemeinden zu decretiren, als diesen, sie zu effectuiren. Ja, es besteht sogar auf diesem Gebiet das gewiß höchst peinliche Odium, daß eine große Menge Elementarlehrer einen großen Theil ihres Lehrgehalts aus kirchlichen Officien (als Küster oder Organisten resp. Cantoren) gewinnt, indem diese kirchlichen Revenuen mit anerkannter Wertigkeit dem Lehrer auf sein „Staatsgehalt“ angerechnet werden, trotzdem sie mit dem staatlichen Amt in keinerlei Zusammenhang stehen. Wohl wüßten wir einen Vorschlag, dieses Odium zu beseitigen; aber wir zweifeln, ob er dem nationalliberal entwickelten Geschäftssinn des Herrn Freytag zusagen wird. Seine Ausführung liegt nämlich in der Hand der Kirche, welche nur den Lehrern ihre Küster-, Cantoren- und Organistenposten kündigen, und natürlich mit Ausnahme der Regierungspatronate, denselben Lehrern dieselben Officien provisorisch neu übertragen darf. Abgesehen davon, daß etwaige Collisionen sich nach wie vor vermeiden ließen, so wäre dadurch den betreffenden Lehrern gewiß geholfen; denn sie würden dann ein volles Lehrgehalt erhalten müssen und die kirchlichen Nebenverdienste, sowie alle andern privaten, als Belohnung außeramtlicher Thätigkeit genießen. Das wäre obendrein gerecht und billig und gewiß auch „national“, indem es den omnipotenten Staat von dem Odium der Abhängigkeit von der obösen römisch-katholischen Kirche befreite! Aber steht vielmehr zu erwarten, daß der Staat den Lehrern in diesem Falle die provisorische Uebernahme aller kirchlichen Officien untersagen würde, vielleicht, weil eine solche Nebenbeschäftigung dann nicht mehr standesgemäß wäre. Dana freilich wüßte wieder Herr Freytag zu helfen, indem er diejenigen Lehrer, welche ihre Privatthätigkeit sich nicht verkümmern lassen wollten, „von ihrem Amte zu entfernen“ und die Schulorge „Reise“-Lehrern — wahrscheinlich „altkatholischen“ — zu „übergeben“ vorschlagen würde!

Doch genug hiervon. Es lag uns nur daran, wieder einmal zu zeigen, was Alles ein „liberaler“ Kopf zu leisten vermag, sobald er vom furor anticatholicus erfaßt wird.

Die „Liberalen“ zählen dabei Gustav Freytag zu einem ihrer angesehensten Schriftsteller — was wird uns somit die Zukunft noch vom dürrer „liberalen“ Holze bringen?

Man möge uns doch einmal in einer katholischen Zeitung oder Wochenschrift einen Artikel aufzeigen, der von gleichem Hass gegen die zu bekämpfende Partei erfüllt wäre.

Das wird ein vergebliches Bemühen sein. Diese Art Literatur steht eben nur bei der Partei in Ehren, welche sich „tolerant“ nennt, „Freiheit für Alle“

will und namentlich „Jeden nach seiner Façon selig werden“ läßt! (Germ.)

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Sept. S. R. F. der Großherzog haben unter'm 13. Sept. d. J. allergnädigst geruht, den beim Handelsministerium zur ausshilfsweisen Vernehmung eines R. spiciats bisher verwendeten Amtmann Dr. Karl Schenkel zum Ministerial-Assessor bei diesem Ministerium zu ernennen.

* Karlsruhe, 18. Sept. Die servilen Blätter, groß und klein, sind immer noch in nicht geringer Verlegenheit ob der Lamamora'schen Enthüllungen. Nicht als ob es ihnen an Kraftworten, wie sie so bei ihnen üblich zu sein pflegen, fehlte, — aber sachlich haben sie einen verzweifelt schlechten Standpunkt und lassen das auch in dem „nationalen“ Phrasenschwall, der die fadenscheinigen Gründe ersetzen soll, unsehbar herausfühlen. Selbst in Blättern wie der Kölnischen Zeitung kommt man nicht über das Gerede hinaus, der General habe eine unverantwortliche Indiscretion begangen, solche Dinge an die große Glocke zu hängen. Eine herrliche Moral, — und doch hört man nicht bloß beim heiteren Studentencommercs, sondern auch beim liberalen Zweckessen, wann's heiter zu werden beginnt, den Vers brüllen:

„Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht,

Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht“ u. s. w.

Es gilt namentlich für unverzeihlich, daß Lamamora es gewagt hat, der Reise seines Königs Victor Emmanuel dieses Buch enthüllter Perfidien als Vorreiter voranzuschicken; indessen tröstet man sich scheinbar mit der Kölnischen Zeitung darüber, daß „über das Fiasco des Buches, wenn man die Wirkung an den Absichten des Verfassers mißt, kaum ein Wort zu verlieren ist.“ Mag sein, daß momentan eine Aenderung der politischen Constellationen dadurch nicht herbeigeführt wird, ja es ist selbst richtig, daß ein officiöses Wort des österreichischen Cabinets insoweit jenem Troste zu Hülfe kommt, daß die Beziehungen Oesterreichs zu Preußen und Italien dadurch vorerst keine Aenderung erfahren werden; aber der Hauptwerth liegt für die Welt in der Richtigstellung der historischen Wahrheit für alle Zukunft und in der Thatsache, daß an eine enge Allianz der drei nordischen Mächte nicht mehr gedacht werden kann. Wir erachten daher das Buch Lamamoras von unschätzbarem Werthe und glauben im Gegensatz zu den officiellen Journalisten, daß der Zweck des Verfassers in allen Beziehungen erreicht worden ist. Nicht „Reichsfeindlichkeit“ ist es was uns in dieser Hinsicht die Feder führt, sondern der Wunsch und die Ueberzeugung, daß das jetzige System in Berlin fallen möge, da es keine Gewähr für die Segnungen des Friedens nach Außen noch für die friedliche Entwicklung unserer Zustände im Innern zu bieten vermag.

In Bayern fühlt man Seitens der demokratischen Partei sehr richtig heraus, daß die Anerkennung des „Bischofs“ Reinkens Seitens der bayer. Regierung ein großer politischer Fehler wäre, weil damit lediglich der preußischen Propaganda, die jetzt nirgends Seitens der Liberalen so stark betrieben wird als dorten, ein weiterer Spielraum eröffnet würde. „Niemand wird bestreiten wollen“, sagt die demokratische „Süddeutsche Post“, „daß der neue Bischof von Preußens Gnaden, d. r. sich in seinem Hirtenbriefe der preußischen Regierung unumwunden zur Verfügung gestellt hat, seinen ganzen Einfluß zur weiteren Verpreußung Bayerns aufwenden würde.“

* Karlsruhe, 18. Sept. Die Wahlversammlung für die Haupt- und Residenzstadt unseres Landes war laut Bad. Landeszeitung nur von 40 Theilnehmern besucht, welche einen Wahlausschuß aus 30 Urwählern bestellten, um die Wahlen dahier zu dirigiren. Die 40 wählen die 30 und die 30 denken und sorgen für die Einwohnerschaft! Laut Constanzer Zeitung hat in Adolfszell eine Wahlversammlung von der kath. Volkspartei stattgefunden, welche nur von 25 „Männern des kath. Männervereins“ besucht gewesen sein soll. Angenommen, die Zahl wäre richtig, wie relativ zahlreich wäre diese Versammlung in einem kleinen Städtchen gegenüber den 40 in der Residenzstadt mit beinahe 40.000 Einwohnern! Die Constanzer Zeitung nennt die Vorschlagsliste der „25“, „ein nettes Beispiel schwarzer Annäherung,“ — was wird sie von den „40“ Karlsruhern in diesem Betreff sagen? Wird sie ihr folgendes Dictum nicht noch viel mehr von den Karlsruhern gelten lassen: „Ueber die Dreistigkeit, um nicht andere Worte zu gebrauchen, erstaunt man sich, wie ein Häuflein von 25 Männern im Namen sämtlicher katholischer Einwohner (370 Wahlberechtigte) das

Wort zu führen sich erlaubt!“ Ja, das ist aber etwas ganz Anderes, wird die Constanzerin sagen!

§ Von der Tauber, 17. Sept. Im bischöflichen Clerikal-Seminar zu Würzburg werden dieses Jahr die Priesterexercitien vom 13. October (Abds.) bis zum 17. desselben abgehalten werden.

Köln, 15. Sept. Am 13. v. M. wurde bekanntlich eine Versammlung des katholischen Volksvereins aufgelöst, weil in derselben beleidigende Aeußerungen über den Stadtrath laut geworden waren. Gegen diese Auflösung hat der Vorsitzende des genannten Vereins Beschwerde geführt und darauf vom kgl. Polizei-Präsidium folgende Antwort erhalten: „Auf die Beschwerde gegen den Polizeicommissär Klose vom 14. c. eröffne ich Ihnen, daß der gedachte Beamte die Auflösung der Versammlung des kath. Volksvereins am 13. c. in Folge der Invectiven des Rentners Franzen gegen Vertreter der Stadt deshalb für gerechtfertigt angesehen hat, weil die bezügliche Rede mit solcher Theilnahme aufgenommen und einen solchen Erfolg in der Versammlung gehabt, daß er darin eine Anreizung des Publicums und Grund zu der Annahme gefunden, es werde dadurch eine exaltirte Stimmung hervorgerufen, welche zu Störungen hätte Veranlassung geben können. (!) Dieser Auslegung des Vereinsgesetzes kann jedoch nicht beigetreten werden, und ist deshalb dem gedachten Beamten dießseitig zu erkennen gegeben, daß die geschehene Auflösung der Versammlung durch den § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850 nicht begründet gewesen. Von einer Auflösung des Vereins selbst will der Polizeicommissär Klose durchaus nichts gesprochen haben und glaubt er, daß bei der großen Aufregung im Publicum ein Mißverständnis unterlaufen sei.“ Der genannte Verein will sich jedoch mit dieser Bescheide nicht zufrieden geben und die Angelegenheit weiter verfolgen.

Berlin, 16. Sept. Ein süddeutsches Blatt ließ sich von hier über ein angeblich von dem Berliner Cabinet nach Wien und Rom geschicktes Memorandum berichten. Das Schriftstück sollte folgende Gedanken ausdrücken. „Die Republik in Frankreich kann, die Monarchie muß clerical sein; die Republik kann, die Monarchie muß Revanche-Politik treiben; die Republik ist mithin eine Kriegsgefahr, die Monarchie der Krieg selbst.“ In Wien will man jedoch, wie der Kreuzzeitung von dort geschrieben wird, von der Existenz einer so sonderbaren Denkschrift keine Kenntniß haben, und auch hier weiß man in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen nichts von dem Vorhandensein eines solchen Schriftstückes. Aber den Ansichten unserer leitenden Kreise über die Restaurationspläne in Frankreich dürfte doch in jenen wenigen Sätzen ein ziemlich klarer Ausdruck gegeben sein. Alle Auslassungen der officiösen Presse, auch die jüngsten der „Provincial-Correspondenz“, lassen keinen Zweifel daran übrig, daß das Berliner Cabinet seit dem Sturze des Herrn Thiers sehr viel mißtrauischer gegen Frankreich geworden ist, und daß ihm nichts fataler ist, als die Wiederaufrichtung der legitimen Dynastie und das Erstarken der religiösen Gefühle in Frankreich. Ist es doch auch längst ein öffentliches Geheimniß, daß die Spannung zwischen dem Reichkanzler und dem Grafen Arnim ihren Grund lediglich in den Sympathien des Letzteren mit den bourbonischen und gläubigen Elementen hatte, und ist es deshalb auch immer noch zweifelhaft, ob dieser Diplomat wirklich wieder auf seinen Pariser Posten zurückkehren wird. Wie empfindlich hier alle Nadelstiche von französischer, namentlich von legitimistischer oder clericaler Seite berühren, zeigt wieder das heute aus Anlaß eines vom „Univers“ veröffentlichten Artikels von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ausgesprochene Verlangen, daß die französische Regierung die ihr durch den Belagerungszustand verliehene unumschränkte Macht auch im Interesse des äußeren Friedens anwenden möge, wenn ihr dieser wirklich am Herzen liege. Solche Einwirkungsversuche auf die innere Verwaltung eines großen Nachbarreiches liegen natürlich außerhalb den Grenzen einer Einmischungspolitik, wie es denn selbstverständlich auch der preußischen Presse durchaus gestattet sein muß, Tag ein Tag aus die heiligsten Gefühle der französischen Nation zu verspotten. Solchen und ähnlichen Widersprüchen begegnen wir indes vielfach auch auf anderen Gebieten. Während Lasker in den letzten Sessionen des Reichstages die constitutionellen und freiheitlichen Fortschritte im Reich und in Preußen rühmte, und während selbst demokratische Parteiführer ihren Wählern die abgeschmacktesten Vorspiegelungen von den Errungenschaften der Neuzeit machen, kommt jetzt aus dem Reich die Nachricht, daß der an dieses Ländchen von Preußen überlassene ehemalige Landrath und jetzige lippe'sche Minister v. Flottwell sich zu einem

Staatsreiche rüftet. Das Detmolder Regierungsblatt berichtet darüber in einem Aufsatz, in welchem die Nothwendigkeit dargelegt wird, daß die Regierung in der jetzigen Lage sich so zu sagen „häuslich einrichten“ müsse. Sie werde von der Befugniß, sogenannten Nothgesetze zu erlassen, einen weit umfangreicheren Gebrauch machen, als bisher, nothwendige Einrichtungen, z. B. in der Organisation der Behörden, treffen, und über die Einkünfte des Staates zu Zwecken nothwendiger Ausgaben disponiren. . . Auch werde sich die Regierung, heißt es zum Schluß, durch das Gesetz über „gekränkte Volksrechte“, durch feierliche Proteste u. dgl. nicht im Geringsten irre machen lassen, „sondern die Verwaltung des Landes ohne Stände eben so weiter führen, wie sie bei geordneten Zeiten es mit Ständen thun würde, und wie sie es vor Gott und ihrem Gewissen verantworten zu können anlaube.“ Das ist genau die der preussischen Conventionszeit entlehnte Sprache. Daß Hr. v. Flottwell es wagen würde, so aufzutreten, ohne die Gewißheit eines kräftigen Rückhaltes, ist schwer zu glauben. Man sieht also, daß der Liberalismus auf politischem Gebiete noch eben so ohnmächtig ist, wie in den Zeiten des Conflictes. Denn wäre er das, wofür er sich heute ausgibt, so würde nach den Declamationen im Reichstage in Detmold nicht der Versuch gemacht werden, die preussische Regierungsweise von 1862—66 ab nachzuahmen. Was Mecklenburgs Liberale hiernach von ihren Bestrebungen zu erwarten habe, kann man sich leicht vorstellen.

Die Officiösen schreiben: „Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, etwas Bestimmtes über die Absichten der Regierung in Betreff der Wahlen zum nächsten Landtag zu vernehmen. Bekanntlich will man sich damit, daß die Wahlen vor dem wirklichen Ende der laufenden Legislaturperiode vorgenommen werden, nicht zufrieden geben, man behauptet vielmehr, daß das zu einer Conventionsfrage führen würde, welche die Regierung nicht werde anregen wollen. Indem man solche Behauptung aufstellt, scheint man vergessen zu haben, daß in früheren Fällen die Wahlen zu dem neuen Landtage häufig vor dem Ablaufe der alten Legislaturperiode stattgefunden haben. Die Regierung hat auch dies Mal dieser Progreß folgen wollen, wird aber natürlich davon absehen, wenn sie sieht, daß sich die öffentliche Meinung dagegen erklart.“ (K. B. Z.)

Berlin, 18. Sept. Der „Reichsanzeiger“ macht bekannt, daß das durch Reichsgesetz eingeführte Reichseisenbahnamt am 16. d. M. in Function getreten ist.

Bongrowiec (Provinz Posen), 15. Sept. Eine Anzahl katholischer Väter richtete bekanntlich an das Provinzialschulcollegium das Gesuch, ihre Kinder, welche am hiesigen Gymnasium gezwungen sind, den dem ordentlichen Religionslehrer bekanntlich seit längerer Zeit gesperrten Religionsunterricht von weltlichen Lehrern, denen natürlich die canonische Mission fehlt, zu empfangen, von der Theilnahme an diesem Unterricht zu dispensiren und zu gestatten, daß dieselben den Religionsunterricht von dem Ortsgeistlichen Kozik empfangen, indem dabei auf die Braunsberger bezüglichen Arrangements hingewiesen wurde. Der Oberpräsident hat nun dieses Gesuch abgelehnt, „weil nicht der Nachweis geführt sei, daß dieser Religionsunterricht den am Gymnasium ertheilten hinlänglich zu ersetzen im Stande sei. Der von dem Geistlichen Kozik ertheilte Unterricht könne nicht für geeignet erachtet werden, da sich gezeigt habe, daß dieser Geistliche beim Religionsunterricht die Gymnasialschüler zum Widerstande gegen die Anordnungen der Lehrer und der Schulbehörde aufmuntere, und ein solcher Einfluß auf die Schüler der Schuldisciplin widerspreche.“

Leipzig, 17. Sept. Professor Czermak ist gestern Nacht gestorben.

Ausland.

Wien, 17. Sept. König Victor Emmanuel traf heute Nachmittag etwas nach 5 Uhr auf dem festlich geschmückten Südbahnhof hier ein, von dem Kaiser, den Erzherzogen, dem Statthalter, dem Polizeipräsidenten und dem Verwaltungsrath der Eisenbahn erwartet. Eine Ehrencompagnie mit Musik war aufgestellt worden. Die Majestäten begrüßten sich auf das herzlichste und fuhrten in einem sechs-spännigen Hofgalawagen nach der Hofburg von einem zahlreichen Publikum überall lebhaft begrüßt. In der Hofburg fand Vorstellung aller Hofchargen und der Minister statt, worauf sich der Kaiser zurückzog. Der König begab sich alsdann mit seiner ganzen Suite zum Kaiser und verweilte längere Zeit bei demselben, worauf er sich in seine Appartements zum Diner zurückzog.

Paris, 14. Sept. Der „Univers“ bespricht das jetzt von allen Seiten vielfach ventilirte Project, dem Marschall Mac Mahon die Regierungsgewalt auf drei oder fünf Jahre zu bestätigen. Er findet, daß dasselbe den Radicalem und Imperialisten sehr wohl zusagen könne, weil diesen jede Verlängerung des Provisoriums Chancen zur endlichen Verwirklichung ihrer Pläne biete. Im Uebrigen hält er diese Lösung augenblicklicher Schwierigkeiten weder für wahrscheinlich, noch für wahr. „Um einen solchen Vorschlag zu machen“, meint er, „oder auch um ihn bloß zu unterstützen, müßte die Regierung aus Männern mit denselben politischen Meinungen und mit demselben Mangel an Grundsätzen bestehen. Das ist aber nicht der Fall. Sodann müßte der Marschall Mac Mahon einer Veränderung zustimmen, welche, indem sie seine Gewalt verlängert, seine Stellung verringert und für das Land verderblich wäre.“ Der „Univers“ führt diese Ansicht über die Sache des Näheren aus, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Wähler des Landes, welche eine Majorität von Monarchisten und selbst Royalisten in die Nationalversammlung entsandt haben, einsehen werden, dieselbe erfüllen nur ihr Mandat und krönen ihr Werk, wenn sie das legitime Recht des Königs anerkennen. Dann sei die Aufgabe der Assemblée zu Ende. Neue Vertreter des Rechts und der Interessen der Nation würden alsdann mit dem Könige und unter dessen Leitung Gesetze entwerfen, welche die Monarchie regeln, ohne die Bedürfnisse der Jetztzeit zu verkennen.“

Paris, 15. Sept. „Univers“ findet, Marschall Mac Mahon würde seine ganze Autorität verlieren, wenn er darin einwilligte, seine Vollmachten verlängern zu lassen. „Freilich“, sagt das genannte Blatt, „wenn Mac Mahon durch Infragestellen seines Einflusses, und dadurch, daß er sich der Undankbarkeit und Vorwürfen aussetzt, seinem Lande einen Dienst leisten könnte und dieses Opfer bringen müßte, so weiß Jedermann, daß er es thun würde. Aber ganz im Gegentheil, er kann nur durch Verbleiben auf dem Terrain, auf das er sich am 24. Mai stellte, und dadurch, daß er nichts von seinem Ruhme und seiner Macht aufopfert, mächtig zu dem Werke des Heiles beitragen, das man von der Assemblée erwartet. Wird dieses Werk mit Entschlossenheit und Ueberzeugung aufgefaßt, so kann es schnell beendet sein. Die Assemblée hat keine Constitution zu machen, und das ist ein Glück, denn sie würde keine zu Stande bringen; sie hat nur ein Recht anzuerkennen — das königliche Recht. Die Wähler, welche eine monarchische, selbst royalistische Mehrheit ernannten, werden einsehen, daß sie ihr Mandat erfüllen, wenn sie also ihre Arbeit krönen. Es kommt dem Marschall Mac Mahon zu, dem Votum der Mehrheit Achtung zu verschaffen und es auszuführen. Man weiß, er wird es daran nicht fehlen lassen. Dann ist die Mission der Assemblée vollbracht. Neue Vertreter der Rechte und der Interessen der Nation, nach der Rückkehr der Ordnung erwählt, werden mit dem Könige und unter dessen Leitung Gesetze machen, welche die Monarchie befestigen und ordnen werden, ohne dabei die Bedürfnisse neuer Zeiten zu verkennen.“

Paris, 17. Sept. Einer Meldung der „Agence Havas“ zufolge hatte Thiers bei dem Empfange einer Deputation aus Savoyen in Nancy erklärt, daß er treu bleibe dem Programm seiner Botenschaft, welche eine gregelte Organisation der Republik zum Zwecke gehabt habe; die Zukunft gehöre der Ruhe und Mäßigung an. — „Union“ meldet, daß Graf Chambord in Frohsdorf noch den Herzog von Alençon empfangen und mit diesem eine sehr herzliche Unterredung gehabt habe. Er hat e zum Schluß hinzugefügt, daß das Andenken dieses Besuches ein neues Pfand für die Hoffnungen sei, welche das Ereigniß vom 5. August allen Vertheidigern der Monarchie einflöße.

Haag, 18. Sept. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer erklärte der Justizminister, das Ministerium habe auf den wiederholten Wunsch des Königs und bei den vergeblichen Versuchen ein neues Cabinet zusammenzubringen, beschlossen, auf seinem Posten zu verbleiben.

London, 17. Sept. Die Zahl der beim Untergange des „Fronsida“ verunglückten Personen beträgt nur 17. Die frühere Angabe war durch einen Telegraphiefehler veranlaßt.

Spanien. Der „Osservatore Romano“ vom 13. d. behandelt in seiner Wochenüberschrift die Lage der Dinge in Spanien mit ziemlicher Ausführlichkeit; er stellt die Aussichten Castelars nicht günstiger dar, als jedes beliebige andere Blatt, welches sich von der Wahrheit und nicht vom Parteinteresse bei seinen Mittheilungen leiten läßt. Er sagt unter Anderem:

„Der Degen Serranos wird Don Carlos nicht aufhalten, gerade so wenig, wie eine mit dem größten Pathos vorgetragene Rede Castelars zu etwas nützt. Don Carlos ist bereits Herr des Nordens, und mit seinen wohlbewaffneten und gut organisirten Truppen wird er nicht zögern, in die Ebenen Castiliens hinabzusteigen. Als Christina, welche die Sache des „Liberalismus“ vertrat, den Kampf gegen die tapferen Soldaten des alten Spaniens unternahm, rief sie alle Mächte der kosmopolitischen Revolution zu Hilfe; und unter jenen Banden fremder Söldlinge erschien auch Cialdini und andere Felder des Abenteurerthums. Alle diese Hilfstruppen würden sich umsonst versammelt haben, wenn nicht der Verrath dazwischen gekommen wäre. Es fand sich ein Schurke, und ein solcher war Maroto, welcher seinen König verkaufte. Nun war der Triumph Christinas sicher, unvermeidlich. Augenblicklich spricht man in Madrid nur von riesenmäßigen Rüstungen. Aber wo soll man die Mittel finden? Wird eine Rede Castelars genügen, mit der seine leicht erregte und gewaltige Phantasie Alles wie mit einem Zauber mittel heilen will? Die gegenwärtige Regierung kann nur Leute ohne Einfluß und ohne Autorität für sich gewinnen, welche sie momentan unterstützen, um die Hand an die öffentlichen Cassen zu legen, so lange es aus denselben noch etwas wegzumachen gibt. Und dann? Der beste Beweis, daß sie allen Glauben an sich selbst verloren haben, ist von ihrem eigenen Telegraphen geliefert worden, welcher, nachdem er von 150,000 Mann Reserven zur Bekämpfung der Carlisten gesprochen hatte, eine Verstärkung von nicht weniger als 500,000 Mann hinzufügte, um alsdann zu dem Schluß zu gelangen, daß man Hoffnung habe, mit einem Apparate von so unermesslicher Zahl an Waffen und Bewaffneten die Carlisten im Laufe des Winters zu besiegen. Mit etwa 700,000 Mann noch sechs, sieben Monate gegen die Carlisten kämpfen, o, das ist zu viel! Sollte man da nicht denken, der Telegraph wolle auf so plumpe Weise Castelar lächerlich machen? Aber er ist ein Revolutionair, und deshalb mußte er anders behandelt werden.“

Barcelona, 18. Sept. Eine Colonne in der Stärke von 4000 Mann ist unter Befehl Reyes von Gerona abgegangen, um einen Transport nach Olot zu geleiten. — Die Carlisten bereiten den Angriff auf Berga vor.

New-York, 18. Sept. Die Feuersbrunst in Chicago hat 64 Häuser zerstört. Das Centrum der Stadt ist unberührt. Der Schaden wird auf 300,000 Dollars geschätzt.

Chicago, 17. Sept., Nachts. Heute Nachmittag 3 Uhr brach hier selbst im östlichen Stadttheil eine Feuersbrunst aus, welche sich eine englische Meile weit ausdehnte. Jetzt ist das Feuer bewältigt.

Notales.

St. Gallen, 14. Sept. In der vorletzten Nacht tobte ein schreckliches Gewitter über unserer Gegend. Die ältesten Leute wollen sich an so etwas Schreckliches nicht erinnern. Von allen Seiten treffen Nachrichten über den Schaden ein, den die tobenden Elemente angerichtet haben. In Schwarzach und weiter hinauf soll der Tabak übel zugerichtet worden sein, während an der Bergstraße hinauf, besonders in Steinbach, die Reben von dem starken Hagel böß mitgenommen worden sind. Zwischen Ottersdorf und Rastatt schlug der Blitz in eine Pappel, in Rastatt in eine Rübe, in Weingheim in einen Stall, wo er ein Kalb tödtete. Desgleichen wurden auch im Elsaß die Tabakspflanzen schwer beschädigt. (A. f. St. u. L.)

Sandweiler, 14. Sept. Taufend fleißige Hände regen sich, ja noch mehr, um den diesjährigen außerordentlich starken Segen der Hopsenernte zu behandeln. Die Nachfrage ist eine unerwartet lebhaft und Sandhausen hat bereits bis jetzt den höchsten Preis aufzuweisen, nämlich 70 fl. (P. B.)

Hopsen.

Nürnberg, 16. Sept. Am heutigen Dienstagsmarkt betrug die Zufuhr 13—1400 Ballen. Käufer Anfangs zurückhaltend, weil Forderungen zu hoch befunden. In Württembergern, Schwabingern und Hallertauern, weil selten im getrockneten Zustande vorhanden, fanden sehr wenig Abschlüsse zu 67—72 statt, der größte Umßatz war in fränk. Landwaare zu 50—56 fl., welche je nach Qualität höher und niedriger gingen. Stimmung und Preis blieben unverändert. Die bisherige Zufuhr ist geräumt. Heutige Notirungen sind: Marktwaare prima fl. 55—57, Marktwaare secunda fl. 50—54, Württemberger prima 65—70, Badische prima 65—70, do. secunda 60—65, Hallertauer Siegel fehlen 70—75, do. prima 65—70, do. secunda 60—64, Aischgründer prima 60—66, Altmärker 40—45. (M. S. J.)

Von S. für Bensheim 2 fl.

Wir bitten um Mittheilungen über die Wahlen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bisping.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten am Pfarrhaus mit Deconomiegebäude in Ulm, Amts Oberkirch, sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden, und zwar Maurerarbeit . . . 278 fl. 7 fr. Zimmerarbeit . . . 74 fl. — fr. Blecharbeit . . . 68 fl. 46 fr. Schieferdeckerarbeit . . . 26 fl. 36 fr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Quittungen über Befähigung, Zeugnissen und Vermögen schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 22. September d. J., Nachmittags 3 Uhr, bei katholischer Stiftungscommission in Ulm, Amts Oberkirch, portofrei einzurichten.

Die Kostenberechnungen und Bedingungen sind bei kath. Stiftungscommission zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Ulm, den 15. September 1873.

Erzbischöf. Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Bauarbeitenvergebung.

Zur Herstellung neuer Böden und eines neuen Gesäßes in der Pfarrkirche zu Kappel, Amts Neustadt, sind im Anschlag zu: Maurerarbeiten . . . 36 fl. 52 fr. Cement- oder arbeits . . . 485 fl. 5 fr. Schreiner und Zimmermannsarbeit . . . 677 fl. 31 fr.

erforderlich, welche im Commissionswege in Accord gegeben werden sollen. Pläne, Kostenüberschläge und Bedingungen liegen bei kath. Stiftungscommission Kappel zur Einsichtnahme auf und sind die in Procenten des Ueberschlages auszudrückenden Angebote längstens bis

Dienstag, den 7. October d. J. versiegelt und mit passender Aufschrift versehen ebendasselbst portofrei einzurichten.

Freiburg und Kappel, den 18. September 1873.

Erzbischöfliches Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Allen Kranken und Hilfesuchenden

versende ich auf portofreies Ansagen unentgeltlich das Buch Untrüglige Hilfe und Linderung allen Leidenden.

E. Zerling in Braunschweig. NB. Tausende verdanken diesem Buche ihre Genesung.

Abonnements-Einladung.

Zu Bestellungen für das mit dem 1. October beginnende neue Quartal der

Saar-Zeitung,

wird ergebenst eingeladen.

Die „Saar-Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und den hohen Festen. Jeden Sonntag wird als Gratisbeilage ein „Unterhaltungs-Blatt“ mit Novellen, Miscellen etc. beigegeben.

Die „Saar-Zeitung“ empfißt sich durch starke Verbreitung (namentlich auch im Saarbrücker Kohlenrevier und in Elsaß Lothringen) als sehr wirksam für Insertionen jeder Art. — Preis pro Quartal 25 Sgr.

Saarlouis, im September 1873. Verlag und Expedition der „Saar-Zeitung“.

Anzeige.

Der Unterzeichnete hat sich heute in Mannheim als Rechtsanwalt niedergelassen und wohnt in Lit. E. I. Nr. 12 zweiter Stock, gegenüber der J. Köpfer'schen Buchhandlung. 3.1.

J. Reinhard, Rechtsanwalt.

Einladung zur Bestellung pro IV. Quartal

„Oberrheinischen Couriers.“

Größeres Organ zunächst für den Oberrhein und Süddeutschland. Freinüch auf demokratischer Basis. Damit verbunden der

„Freiburger Anzeiger“

und das literarisch-belletristische Unterhaltungsblatt „Salon.“

Mit allen neuesten politischen Nachrichten; alle wichtigeren direct telegraphisch. Enthält in besonderem übersichtlichen Theile auch alle Mittheilungen über Handel, Industrie, Landwirtschaft; genaue theleg. Course, Börsen- und Producten-Berichte etc.

Feuilleton und Unterhaltungsblatt „Salon“ mit Originalbeiträgen aus den gediegensten Federn.

Der „Oberrheinische Courier“ ist seit seinem Bestehen in Freiburg und Umgegend weitaus das meist verbreitete, dann namentlich im ganzen Oberrhein, im badischen Oberrlande, im Schwarzwalde und am Bodensee eines der gelesensten Blätter.

Sein Leserkreis sind größtentheils die gebildeten und wohlhabenden Stände, insbesondere auch Geschäftsleute jeden Ranges.

Für Insertionen von ganz besonderer Bedeutung.

Preis für die sechspaltige Petitzeile oder deren Raum 6 fr.

Sämmtliche Inserate im „Oberrheinischen Courier“ werden in unserm Freiburger (Straßen-)Anzeiger gratis aufgenommen.

Abonnement vierteljährlich 1 fl. 45 fr., per Post mit 41 fr. Bestellgebühr für das deutsche Reich, nebst Stempel in den resp. Ländern.

Die neu eintretenden Abonnenten bitten wir, ihre Bestellung baldigt machen zu wollen.

Die verehrlichen bisherigen Abonnenten auswärts eruchen wir noch ganz speziell, die Neubestellung nicht zu unterlassen, da letzteres von der Post stets als Abbestellung betrachtet wird.

Freiburg im Breisgau.

Expedition

des Oberrheinischen Couriers.

Rudau.

Arzt-Stelle.

Die hiesige Arztstelle, welche neben einem fixen Gehalt von 600 fl. in einem Bezirk von 8000 Seelen für einen thätigen Arzt eine erzieherige Praxis bietet, soll wieder vergeben werden und wollen die Herren Bewerber sich binnen 14 Tagen bei unterzeichnetem Bürgermeistereamte melden.

Rudau, den 10. Sept. 1873.

Bürgermeisteramt. Schäfer.

Ein gefeßtes Frauenzimmer wünscht eine Stelle hiesig zu Damen oder erwachsenen Kindern als Gesellschafterin oder Erzieherin, übernimmt gerne die Oberaufsicht in der Haushaltung und ist bereit, den Klavierübungen beizuwohnen oder 4 händig mit den Damen zu spielen. Portofreie Briefe besichert die Exped. d. Bl. unter Chiffre. X.

Lungenschwindsucht ist heilbar!

bewiesen in einem Buch, welches soeben in VIII. Auflage erschien und dem bereits viele Tausende einen neuen Lebensfrühling verdanken. Das Heilverfahren ist Jedermann klar verständlich dargestellt von M. Auerbach. Kur einfach, Kosten gering. Ueberall anwendbar, Erfolg radical. Zu beziehen gegen Baarsendung von 1 Thlr. 5 Sgr. = 2 fl. = 4 Frcs. 40 Cts. von

J. V. Albert,

München, Maximiliansst. Nr. 37.

Offene Lehrstelle.

In einem Spezerei, Cigarren-Tabak- und Kurzwaaren-Geschäft kann ein braver junger Mann von guter Familie sogleich eintreten; Näheres bei

W. Grimm,

Langestraße 19.

Sonntag 21. Sept. Drittes Quartal. 93. Abonnements-Vorstellung. Undine. Feinoper in 5 Akten von Vorzing.

Geschließungen.

- 13. Sept. August Scherer von hier, Reggmeister, mit Thelma Scherer von hier. 16. „ Antos Stoll von Michelbach, Eisengießer, mit Christine Schneider von Dörbingen. 17. „ Friedrich Sturm von Freiburg, Schreiner, mit Martha Fütterer von Eichesheim.

Geburten.

- 15. Sept. Georg Gottfried, Vater Faber Mühlstädter, Zettelanfleber. 15. „ Pauline Sofie, Vater Christian Bär, Dienstmann. 16. „ Emma, Vater Ciriak Wolf, Schlosser. 16. „ Ein Mädchen (todtgeboren), Vater Leonhardt Herrmann, Schreiner. 14. „ Julius, B. Theodor Hoff, Ladier. 14. „ Ludwig, Vater Ludwig Gräber, Fabrikarbeiter. 15. „ Gustav, Vater David Grözinger, Kaufmann. 16. „ Marie Katharina, Vater Andreas Allmendinger, Schlosser. 17. „ Karoline Anna, Vater Karl Riehle, Schlosser. 17. „ Ludwig Friedrich Julius, Vater Ludwig Lister, Metzgermeister.

Todesfälle.

- 17. Sept. Karoline, Ehefrau des Bauführers Koch, 37 J. 18. „ Wilhelm Wiclandt, großh. Kanzleirath a. D. 76 J.



Reisenplan vom 1. Mai 1873.

Table with 2 columns: Destination and Price. Includes routes like 'Nach Nassau und Baden', 'Nach Bruchsal und Heidelberg', 'Nach Pforzheim (Mühlacker)', 'Von Pforzheim nach Karlsruhe', 'Nach Mannheim (Rheinthalbahn)', 'Nach Mannheim nach Karlsruhe', 'Nach Mainz (Hauptbahnhof)', 'Mühlburger Thor'.

Die mit * bezeichneten Rüge sind Schnellzüge. Die mit *† Schnellzüge befördern auch Personen in dritter Classe.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 18. September.

Large table of financial data including 'Staatspapiere', 'Rusland 5% Obligationen v. 1872', 'Aktionen und Prioritäten', and 'Finländer 10-Thlr.-Loose'.

Druck und Verlag von L. Schwetsch, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.